

**BS-Beschluss öffentlich**
B344-13/16**öffentlich: Ja**

Drucksachen-Nr.: 06/658

Erfassungsdatum: 05.04.2016

Beschlussdatum:
23.05.2016**Einbringer:****Fraktion DIE LINKE****Beratungsgegenstand:****Prüfauftrag Möglichkeiten zur Veröffentlichung von Tagesordnungen**

Beratungsfolge Verhandelt - beschlossen	am	TOP	Abst.	ja	nein	enth.
Hauptausschuss	09.05.2016	6.25	auf TO der BS gesetzt			
Bürgerschaft	23.05.2016	8.20		mehrheitlich	10	4

Birgit Socher
Präsidentin

Beschlusskontrolle:	Termin:
Bürgerschaft	11.07.2016

Haushalt	Haushaltsrechtliche Auswirkungen?		Haushaltsjahr
Ergebnishaushalt	Ja <input type="checkbox"/>	Nein: <input checked="" type="checkbox"/>	
Finanzhaushalt	Ja <input type="checkbox"/>	Nein: <input checked="" type="checkbox"/>	

Beschlussvorschlag

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit es möglich ist, die Tagesordnungen der Gremien der Bürgerschaft, also von Bürgerschafts- und Ausschusssitzungen sowie Sitzungen der Ortsteilvertretungen, in einem der Anzeigenblätter zu veröffentlichen. Dabei sind insbesondere die Praktikabilität und die voraussichtlichen Kosten zu untersuchen und darzustellen.

Sachdarstellung/ Begründung

Im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes wurde die Reduzierung des Umfangs des Stadtblattes samt Verringerung der Frequenz des Erscheinens von zweiwöchentlich auf monatlich umgesetzt. Dem fiel insbesondere die Veröffentlichung der Tagesordnungen der verschiedenen Bürgerschaftsgremien zum Opfer. Interessierte Bürger, die mit dem benutzer-unfreundlichen Ratsinformationssystem nicht zurechtkommen oder unter Umständen überhaupt keinen Zugang zum Internet haben, bleibt keine weitere Möglichkeit sich vorab auf einfachem Wege über den Inhalt anstehender Sitzungen zu informieren. Angesichts der erst kürzlich geschlossenen Verträge zum Stadtblatt, die eine zeitnahe Rückkehr zum früheren Modell nicht erwarten lassen, käme vielleicht eine Lösung unter Verwendung eines kostenlosen Anzeigenblattes (Blitz,

Ostseeanzeiger) infrage. Diese hätten den Vorteil, einen großen Teil der Greifswalder Haushalte zu erreichen und die Hürde für die interessierten Bürger zu reduzieren.